

## Fragen

für die Fragestunde der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 9. November 2011

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Arnold, Rainer (SPD) .....	1, 2	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	17, 54
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD) .....	15, 16	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	33, 34
Bas, Bärbel (SPD) .....	24, 25	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	35, 45
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	30, 74	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	26, 27
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	58, 59	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	72, 73
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7, 8	Marks, Caren (SPD) .....	20, 21
Edathy, Sebastian (SPD) .....	9, 10	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	57
Evers-Meyer, Karin (SPD) .....	13, 14	Paula, Heinz (SPD) .....	11, 12
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	36, 37	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	61
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	40, 41	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	70, 71
Gerdes, Michael (SPD) .....	52, 60	Rix, Sönke (SPD) .....	18, 19
Graf, Angelika (Rosenheim) (SPD) .....	43, 44	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	50, 51
Hagemann, Klaus (SPD) .....	38, 39	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	53
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	65	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.) .....	3, 4
Herzog, Gustav (SPD) .....	28, 29	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	63, 64
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	46, 47	Schwartze, Stefan (SPD) .....	22, 23
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31, 32	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	68, 69
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) .....	66, 67	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	42, 62
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	55, 56		
Kelber, Ulrich (SPD) .....	5, 6		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	48, 49		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

1. Abgeordneter  
**Rainer Arnold**  
(SPD)      Welchen militärischen Beitrag leistet die Bundeswehr nach Umsetzung der Bundeswehrreform im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusätzlich zu der Beteiligung an den EU-Battle-Groups?
  
2. Abgeordneter  
**Rainer Arnold**  
(SPD)      Welche Auswirkungen hat die Neuausrichtung der Bundeswehr auf Auftrag und Aufgaben der Reservisten, und wie wirkt sich dies auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Reservisten aus?
  
3. Abgeordneter  
**Paul Schäfer (Köln)**  
(DIE LINKE.)      Wird es über die endgültige Verteilung der Arbeitsplätze im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in Bonn und Berlin eine Kabinettsentscheidung geben, und wenn ja, wann sollen diese Pläne im Kabinett beraten werden?
  
4. Abgeordneter  
**Paul Schäfer (Köln)**  
(DIE LINKE.)      Ist im Bundeskabinett bereits über die Rechtsauffassung des Bundesverteidigungsministeriums, dass auch nach einer Verlagerung des größten Teils der Arbeitsplätze des BMVg nach Berlin das Berlin-Bonn-Gesetz eingehalten wird, diskutiert worden, und wenn ja, zu welcher Auffassung ist das Bundeskabinett gekommen?
  
5. Abgeordneter  
**Ulrich Kelber**  
(SPD)      Wann will das BMVg endgültig über die Verteilung der Arbeitsplätze des BMVg in Bonn und Berlin entscheiden, und welche Arbeitsschritte sind bis dahin geplant?
  
6. Abgeordneter  
**Ulrich Kelber**  
(SPD)      Nach welchen Kriterien will das BMVg entscheiden, welche Abteilungen und Referate des Hauses nach Berlin umziehen sollen, und in welcher Form werden dabei die sozialen Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt?
  
7. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Wann soll nach Vorstellung des BMVg mit der Umsetzung der Arbeitsplatzverlagerungspläne des BMVg begonnen werden, und wie sieht die genaue zeitliche Planung aus?

- 
8. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die geplante Verlagerung von Wehrverwaltungsstellen nach Bonn unabhängig von den Plänen des BMVg zu sehen, die Arbeitsplätze des BMVg weitgehend nach Berlin zu verlagern, oder würden diese Wehrverwaltungsstellen wieder aus Bonn abgezogen, wenn das Bundeskabinett einer Verlagerung des größten Teils der Arbeitsplätze des BMVg nach Berlin nicht zustimmt?
9. Abgeordneter  
**Sebastian Edathy**  
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass in der vom BMVg am 26. Oktober 2011 veröffentlichten Aufstellung der standortbezogenen Bundeswehr-Dienstpostenveränderungen die Zielgröße von 530 Dienstposten für den niedersächsischen Standort Diepholz genannt wird, diese nun aber laut Auskunft des BMVg tatsächlich auf unter 200 sinken soll?
10. Abgeordneter  
**Sebastian Edathy**  
(SPD)
- Wann und durch wen werden Entscheidungen über die weitere Nutzung des Standortes Diepholz sowie über belastbare Dienstpostenzahlen getroffen und mitgeteilt?
11. Abgeordneter  
**Heinz Paula**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen sind geplant, um Beschäftigten der Bundeswehr in strukturschwachen Gebieten wie dem Allgäu einen wohnortnahen Arbeitsplatz zu sichern, und welche Überlegungen gibt es zu Konversionsmaßnahmen vonseiten des Bundes, um die von den Standortschließungen stark betroffenen Städte und Gemeinden zu unterstützen?
12. Abgeordneter  
**Heinz Paula**  
(SPD)
- Wie könnten die zivil-militärische Zusammenarbeit am Fliegerhorst Kaufbeuren sowie eine Förderung dieser Zusammenarbeit durch den Bund nach den Vorstellungen der Bundesregierung konkret aussehen, und wie viele Stellen könnten dadurch gesichert bzw. geschaffen werden?
13. Abgeordnete  
**Karin Evers-Meyer**  
(SPD)
- Wie wird sich die Anzahl militärischer und ziviler Dienstposten im Jagdgeschwader Wittmund bis 2020 verändern, und mit welchem Zuwachs ist für die Zeit danach zu rechnen, wenn Wittmund zu einem vollwertigen Eurofighter-Geschwader aufwachsen soll, wie es die Bundesregierung in der vorigen Woche verkündet hat?

14. Abgeordnete  
**Karin Evers-Meyer**  
(SPD)      Wie vereinbart die Bundesregierung die Einplanung Wittmunds als vollwertiges viertes Eurofighter-Geschwader mit Überlegungen innerhalb der Luftwaffe, die Stückzahl der Eurofighter langfristig auf 124 zu senken?
15. Abgeordneter  
**Dr. Hans-Peter Bartels**  
(SPD)      Wer soll nach der im Rahmen der Bundeswehr-Stationierungsentscheidungen geplanten Auflösung der Marineoperationszentrale in Glücksburg künftig deren Aufgaben übernehmen, und an welchem Standort?
16. Abgeordneter  
**Dr. Hans-Peter Bartels**  
(SPD)      Welche Infrastrukturmaßnahmen sind im Marinearsenalbetrieb Wilhelmshaven erforderlich, um die in der Ostsee stationierten Marineeinheiten qualitativ so zu betreuen, wie es zurzeit durch den Marinearsenalbetrieb Kiel geschieht, und in welcher Höhe entstehen zusätzliche Kosten?
17. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie im Regional Command North der ISAF das angewiesene „aktive Monitoring“ von Personen, die im Zuge gemeinsamer Operationen von ISAF-Soldaten und afghanischen Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen wurden, ausgestaltet wird, und wann mit Beginn dieses „aktiven Monitoring“ zu rechnen ist?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

18. Abgeordneter  
**Sönke Rix**  
(SPD)      Hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kenntnis darüber, wie gut die Ämter und andere öffentliche Stellen bezüglich der Leistungen, die Bundesfreiwilligendienstleistende beziehen können (beispielsweise Wohngeld, Kindergeld, Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch usw.), informiert sind und diese korrekt an die Anfragenden weitergeben, und wenn ja, wie ist der Kenntnisstand des Bundesministeriums?

19. Abgeordneter  
**Sönke Rix**  
(SPD)      Wie ist der Sachstand bezüglich der Ausgestaltung des Seminarangebots für Bundesfreiwilligendienstleistende über 27 Jahre?
20. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD)      Welche Maßnahmen bereitet die Bundesregierung zur Umsetzung des interfraktionellen Beschlusses des Deutschen Bundestages „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“ (Bundestagsdrucksache 17/6143) vor, und wann werden diese den Fraktionen des Deutschen Bundestages übermittelt?
21. Abgeordnete  
**Caren Marks**  
(SPD)      Wie ist die Aussage der Bundesregierung in der Pressemitteilung zur Übergabe des achten Familienberichts am 28. Oktober 2011 zu verstehen, wonach vom „mitverantwortlichen Potenzial älterer Menschen“ ausgegangen wird, und welche entsprechenden Maßnahmen schlägt sie vor?
22. Abgeordneter  
**Stefan Schwartze**  
(SPD)      Was ist unter der Aussage in der Pressemitteilung zur Übergabe des 8. Familienberichts am 28. Oktober 2011 zu verstehen, wonach „vorhandene Reserven bei der Verwendung von Zeit auf sozialverträgliche Weise nutzbar gemacht werden“ sollen, und welche entsprechenden Maßnahmen schlägt die Bundesregierung vor?
23. Abgeordneter  
**Stefan Schwartze**  
(SPD)      Welche Ziel führenden Lösungen schlägt die Bundesregierung in Bezug auf familienunterstützende Dienstleistungen vor, wenn sie von zu klärenden „Informations- und Kostenfragen“ spricht (siehe Pressemitteilung zur Übergabe des 8. Familienberichts am 28. Oktober 2011), und welche entsprechenden Gesetzesinitiativen sind in Planung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

24. Abgeordnete  
**Bärbel Bas**  
(SPD)      Wie soll aus Sicht der Bundesregierung die Qualität ambulanter Diagnosen, unter anderem als Grundlage für den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), sichergestellt werden, und wie will die Bun-

desregierung die regionale Entwicklung der Morbiditätsstruktur der Versicherten als Maßstab der Weiterentwicklung der ambulanten Gesamtvergütung etablieren, wenn sie mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz die verbindliche Anwendung der ambulanten Kodierrichtlinien als einziges flächendeckendes und qualitätsgesichertes Instrument zur Messung der Morbiditätsentwicklung außer Kraft setzt?

25. Abgeordnete  
**Bärbel  
Bas**  
(SPD)
- Welche alternativen qualitätsgesicherten Instrumente zur Erhebung der Morbiditätsstruktur der Versicherten und deren Veränderung sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Instrumente auf die Entwicklung der Honorare in der ambulanten Versorgung und die Funktion des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs der GKV?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

26. Abgeordneter  
**Stephan  
Kühn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Vertritt die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Fortführung der Kompensationsleistungen nach dem Entflechtungsgesetz (früher GVFG – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) die Position, die Mittel ab 2014 abzuschmelzen?
27. Abgeordneter  
**Stephan  
Kühn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Finanzausstattung hält die Bundesregierung für notwendig, damit die Länder ihre Aufgaben in diesem Bereich erfüllen können?
28. Abgeordneter  
**Gustav  
Herzog**  
(SPD)
- Wie viele Mittel sind im Rahmen der KV-Förderung streitbefangen in erster gerichtlicher Instanz, und in welcher Höhe stehen Mittel in zweiter Instanz der gerichtlichen Klärung zwischen Hafentreibern und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion zur Verfügung?

29. Abgeordneter  
**Gustav Herzog**  
(SPD)
- Welche Verfahrensschritte sieht die Bundesregierung vor, um das im 3. Bericht der Bundesregierung zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes vorgesehene Gebührensystem für die Schifffahrt umzusetzen, das das Vollkostenprinzip zum Ziel hat, bzw. nutzerfinanzierte geschlossene Finanzierungskreisläufe für die Schifffahrt umzusetzen?
30. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen soll im Rahmen der Luftraumplanung über Berlin der Luftraum C abgesenkt werden, und worauf bezog sich die Kritik während des Luftraumabstimmungsgespräches am 19. September 2011, die insbesondere von der Allgemeinen Luftfahrt und den Landesluftfahrtbehörden geäußert wurde?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

31. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den starken Verfall des Preises für CO<sub>2</sub>-Zertifikate, und welche Mindererinnahmen ergeben sich dafür für den Bundeshaushalt sowie – ein Verharren des Preises unter einem Niveau von 10 Euro/t CO<sub>2</sub> vorausgesetzt – für die mittelfristige Finanzplanung des Bundes?
32. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung vor Beschluss des beschleunigten Atomausstiegs geprüft, ob der Ausstieg mit Artikel 10 des Vertrages über die Energiecharta vom 17. Dezember 1994 vereinbar ist und ob er ggf. Entschädigungspflichten nach Artikel 13 des Vertrages nach sich zieht, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist die Prüfung gekommen?
33. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche anderen Firmen, Personen, Institute, Organisationen etc. außer denjenigen, an die letztlich die in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/6817 Anlage 1 genannten Unteraufträge der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) bei der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) vergeben wurden, waren Bewerber um bzw. angefragt für einen oder mehrere dieser Unteraufträge (bitte voll-

ständige Angabe), und wann genau – konkretes Datum bitte – erfolgte speziell im Zusammenhang mit späterem VSG-Unterauftrag der GRS an Bruno Thomauske/nuclear safety engineering international (nse) GmbH die erstmalige Kontaktaufnahme zwischen GRS und Bruno Thomauske/nse GmbH (bitte auch mit Angabe, von wem dabei die Initiative ausging)?

34. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Aufträge und Beratungsaufträge des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) an die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit und die Entsorgungskommission wurden erteilt bzw. sollen erteilt werden im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Entwurfs eines Endlagersuchgesetzes (bitte mit Angabe des Datums bzw. anvisierten Datums sowie des Zeitplans mit wesentlichen Zwischentappen, Meilensteinen etc.), und hat sich das BMU bereits schriftlich an die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) gewandt für eine Mitwirkung der BGR an fachlichen Aspekten einer bundesweiten Endlagerstandortsuche (ggf. bitte mit Angabe des Datums und des wesentlichen Inhalts)?
35. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Reicht ein Pachtverhältnis aus, um privilegierter Eigenstromerzeuger im Sinne des § 37 Absatz 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2009 bzw. § 37 Absatz 3 EEG 2012 und damit EEG-umlagebefreit zu sein, und wenn ja, gilt die Umlagebefreiung auch in dem Fall, in dem die Eigentümerin faktisch Betreiberin der Energieerzeugungsanlage bleibt und die Rechte (Pacht) nur juristisch übergehen?
36. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Terawattstunden Strom fallen nach Einschätzung der Bundesregierung und der für die Bundesregierung angestellten Expertisen aufgrund der Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung ab 2013 (Ausweitung auf Unternehmen mit einem Strombezug über einer Gigawattstunde; Senkung des Kriteriums der Stromintensität auf 14 Prozent) zusätzlich unter die Besondere Ausgleichsregelung des EEG, und ist die Bundesregierung bereit, die ihrer Einschätzung zugrunde liegenden Annahmen dem Parlament zur Verfügung zu stellen?

37. Abgeordneter  
**Hans-Josef  
Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Terawattstunden Strom fallen nach Einschätzung der Bundesregierung und der für die Bundesregierung angestellten Expertisen im Jahr 2013 insgesamt unter die Besondere Ausgleichsregelung des EEG, und zu welchen zusätzlichen Kosten wird diese Regelung voraussichtlich für die nichtprivilegierten Verbraucher im Jahr 2013 führen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

38. Abgeordneter  
**Klaus  
Hagemann**  
(SPD)
- In welchem Umfang – unter Benennung der jeweils zugrunde liegenden Kriterien – verfügen die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Wissenschaftsorganisationen bzw. deren Zentren und Forschungsinstitute über die sogenannte Unternehmereigenschaft des § 2 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes und sind damit vorsteuerabzugsberechtigt, und welche Aktivitäten hat die Bundesregierung z. B. im Rahmen der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 angekündigten „Wissenschaftsfreiheitsinitiative“ ergriffen bzw. in Vorbereitung, um diese Begünstigung der Forschungsorganisationen auch weiterhin verlässlich zu gewährleisten?
39. Abgeordneter  
**Klaus  
Hagemann**  
(SPD)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung – ggf. unter Angabe der jetzt festzulegenden Aufwuchsquote, wie auf Bundestagsdrucksache 17/6796 ausgeführt, „die Höchstförderquote der Studierenden je Hochschule“ „im Herbst für das Folgejahr festzulegen“ bzw. wie von Bundesministerin Dr. Annette Schavan in der 65. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 29. September 2011 angekündigt, die Höchstförderquote ganz aufzuheben, und für wie viele Stipendien (in absoluten Zahlen und prozentual in Relation zur Gesamtzahl der Studierenden) sind die im Regierungsentwurf 2012 veranschlagten Haushaltsmittel berechnet?
40. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kooperationsprojekte zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen soll es nach dem Willen der Bundesregierung maximal geben, und nach welchen einheitlichen, wissenschaftsgeleiteten Kriterien soll grundsätzlich bei der Auswahl der Kooperationspartner bzw. bei der Einrichtung von Bundesuniversitäten entschieden werden?

41. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche einheitlichen, wissenschaftsgeleiteten Kriterien hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, bezogen auf ihre Ankündigung einer Kooperation der Berliner Charité mit dem Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin zu Grunde gelegt, und sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass bei der Auswahl von Kooperationspartnern finanzielle Engpässe einzelner Länder das eigentliche Kriterium für eine (Mit-)Finanzierung des Bundes sind bzw. werden?

#### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

42. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Herkunft und Zuverlässigkeit des „persönlichen Wissens“ des ehemaligen Abteilungsleiters Sicherheit des Bundesnachrichtendienstes, Volker Foertsch, der ehemalige SS-Hauptsturmführer Alois Brunner sei ehemaliger Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes gewesen, wie sich laut Pressebericht aus einer handschriftlichen Aufzeichnung vom 2. September 1997 eines dienstinternen Gesprächs ergeben soll (SPON-online vom 20. Juli 2011)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

43. Abgeordnete  
**Angelika Graf**  
(**Rosenheim**)  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Entwurf für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag, auf den sich die Bundesländer auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 27. Oktober 2011 geeinigt haben (insbesondere hinsichtlich der Folgen für die Suchtgefahr, der Europarechtskonformität und der Höhe der Konzessionsabgabe für den Spieleinsatz), und wie beurteilt sie angesichts der separaten Regelungen Schleswig-Holsteins die Notwendigkeit einer bundesweiten Regelung des Glücksspiels in Verantwortung des Bundes?

44. Abgeordnete  
**Angelika Graf (Rosenheim)**  
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen zugunsten der Suchtprävention will die Bundesregierung im Bereich der in der Spielverordnung regulierten Geldspielautomaten den Glücksspielstaatsvertrag begleiten, und welchen konkreten Zeitplan gibt es für diese Maßnahmen?
45. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Lastmanagement (Lastabwurfprämie) einbringen, und welche konkreten Inhalte/Parameter sollen dabei maßgeblich als Grundlage für den Gesetzgebungsprozess sein?
46. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor über den Gegenstand und Umfang derzeit laufender Rüstungsgeschäfte zwischen deutschen Unternehmen und Griechenland?
47. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)
- Welche derzeit laufenden Rüstungsgeschäfte mit Griechenland sind über staatliche Exportkreditgarantien, sogenannte Hermesdeckungen, abgesichert, und in welchem maximalen Umfang könnten diese bei einem Zahlungsausfall der griechischen Abnehmer in Anspruch genommen werden?
48. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wer hat die Lieferung von 72 Kampffjets durch das Eurofighterkonsortium an Saudi-Arabien genehmigt, und inwiefern war die Bundesregierung hierbei eingebunden (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 28. September 2011; SPIEGEL ONLINE: [www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,432332,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,432332,00.html) – Stand: 18. August 2006)?
49. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung die vom Hauptgeschäftsführer der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Georg Adamovitsch in den Raum gestellte 80-prozentige Ablehnungsquote von Anträgen bezüglich Kriegswaffen- und Rüstungsexporten (HNA vom 6. November 2011) im Bundessicherheitsrat bestätigen, bzw. welche anderen Zahlen hat sie, und wie viele Anträge und Voranfragen (jährlich/monatlich) beziehen sich auf diese Zahlen?

50. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die am 11. Oktober 2011 bekannt gewordenen Vorschläge der Verlegerverbände zur Änderung der Pressefusionskontrolle, und werden diese nach Eingang in die aktuelle Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) erhalten?
51. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie stehen die „Eckpunkte einer 8. GWB-Novelle“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) vom 1. August 2011, in denen es heißt, im Bereich der Presse bestehe aus Sicht des BMWi derzeit kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf, im Zusammenhang mit der Äußerung der Bundeskanzlerin auf dem Zeitungsverlegerkongress am 19. September 2011, man wäre unglaublich dankbar, hierfür (Pressefusionskontrolle) einen Vorschlag vorgelegt zu bekommen, dem man sich dann rasch widmen würde und man wolle an diesem Thema „dranbleiben“?
52. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu Vorschlägen zur Nutzung des Erdgasnetzes als Energiespeicher, und welche Forschungsprojekte fördert die Bundesregierung zu dieser Fragestellung?
53. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Pläne der Rosia Montana Gold Corporation (RMGC), die nach Zeitungsberichten ([www.tagesspiegel.de/zeitung/der-fluch-des-goldes/4751556.html](http://www.tagesspiegel.de/zeitung/der-fluch-des-goldes/4751556.html)) in den Westkarpaten in Rumänien Gold schürfen will, und welche Schlüsse zieht sie daraus?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

54. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die hochrangige Untersuchung der Europäischen Kommission zur Pressefreiheit in Europa, der unter anderen auch die ehemalige Bundesministerin Herta Däubler-Gmelin angehört, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Ansicht der EU-Kommissarin Neelie Kroes, dass es der EU an Kompetenzen mangle, Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Pressefreiheit zu überwachen („Member states have pri-

mary responsibility for policing freedom of the press ... What we lack is further competence to impose binding rules“, Pressekonferenz in Brüssel, 2. November 2011)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

55. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.) Auf wessen Veranlassung bzw. Initiative wurde die informelle „Remote Forensic Software User Group“ installiert, in der sich nach Angaben der Bundesregierung „Sicherheitsbehörden“ Baden-Württembergs und Bayerns mindestens zweimal jährlich mit Behörden der Schweiz, Belgiens und der Niederlande treffen (Antwort auf die Schriftliche Frage vom 1. November 2011, auf Bundestagsdrucksache 17/7584), und welche Inhalte wurden bei den demnach mindestens sechs Treffen jeweils konkret behandelt?
56. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.) An welchen bi- oder multilateralen Konferenzen oder Arbeitsgruppen (auch informellen) haben die EU-Agenturen Europol und Eurojust hinsichtlich des Einsatzes staatlicher Schadsoftware („Trojaner“) zur sogenannten Onlinedurchsuchung oder Quellen-Telekommunikationsüberwachung von Computern oder anderen zur elektronischen Kommunikation geeigneten Endgeräten in den letzten fünf Jahren teilgenommen bzw. diese selbst organisiert, und welche Inhalte bzw. Verabredungen waren jeweiliger Gegenstand dieser regelmäßigen oder fallbezogenen Treffen?
57. Abgeordneter  
**Dr. Konstantin von Notz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag die angekündigte Überarbeitung ihres Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes (Bundestagsdrucksache 17/4230) vorlegen?
58. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.) Wieso hält es die Bundesregierung nicht für erforderlich, sich mit Dänemark und den Niederlanden zu den Auswirkungen des für alle EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen verbindlichen assoziationsrechtlichen Verschlechterungsverbots auszutauschen, obwohl diese zum Teil eine ganz andere Auslegung vornehmen als die Bundesregierung, und inwieweit

kann die Beurteilung des Bundesverwaltungsgerichts vom März 2010, eine Vereinbarkeit der Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug mit dem Verschlechterungsverbot sei eindeutig gegeben, so dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) nicht angerufen werden müsse, noch aufrechterhalten werden, nachdem der Zentrale Verwaltungsgerichtshof in den Niederlanden unter Berufung auf die jüngste Rechtsprechung des EuGH das exakte Gegenteil festgestellt hat, d. h. dass Sprach- und Integrationsanforderungen so eindeutig gegen das Verschlechterungsverbot verstießen, dass der EuGH nicht angerufen werden müsse (vgl. Antworten der Bundesregierung vom 29. September 2011 auf die Schriftlichen Fragen 15 und 16 auf Bundestagsdrucksache 17/7279)?

59. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung zu grundlegenden Entscheidungen zur Zukunft Europas in Deutschland Volksabstimmungen abzuhalten wie es der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt vorschlug, um damit den Willen der Mehrheit der Bevölkerung zu erfahren und umzusetzen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

60. Abgeordneter  
**Michael  
Gerdes**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen haben die Urteile zur Brennelementesteuer vom Finanzgericht München sowie vom Finanzgericht Hamburg für die Finanzierung des Energie- und Klimafonds, und wie gedenkt die Bundesregierung hierauf zu reagieren?
61. Abgeordnete  
**Lisa  
Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Positionen hat die Bundesregierung bei der Sitzung des ECOFIN-Rats am 8. November 2011 zum Tagesordnungspunkt Energiesteuerrichtlinie vertreten, insbesondere zu den Punkten CO<sub>2</sub>-Komponente, Äquivalenzprinzip und EU-Mindeststeuersätze, und welche Entscheidungen hat der ECOFIN-Rat zu diesem Tagesordnungspunkt gefällt?
62. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe haben deutsche staatliche Stellen, solche mit staatlicher Beteiligung und EU-Stellen – etwa im Zusammenhang mit einem Schuldenschnitt von 21 Prozent – Garantien oder Kredite für Griechenland ausgereicht, die ganz oder zum Teil

verloren sind, wenn die geplante Volksentscheidung in Griechenland negativ ausgeht und das Land zahlungsunfähig werden sollte, und in welcher Höhe drohen deutschen staatlichen und EU-Stellen Verluste nach einem Schuldenschnitt in Höhe von 50 Prozent, wenn die geplante Volksentscheidung in Griechenland negativ ausgeht und das Land zahlungsunfähig wird?

63. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern prüft die Bundesregierung im Zusammenhang mit wiederholten Buchungsfehlern bei der FMS-Wertmanagement die Möglichkeit von Schadenersatzansprüchen gegenüber Beteiligten wie beispielsweise dem Vorstand der FMS oder Wirtschaftsprüfern, und wenn nein, warum nicht?
64. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, dass in einer Antwort des Bundesministeriums der Finanzen auf die Schriftliche Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 17/6995 des Abgeordneten Klaus Ernst bereits am 13. September 2011 die Rede von einer „erwarteten Verringerung des Schuldeneffektes durch die Abwicklungsanstalt Hypo Real Estate“ ist und sich darin rechnerisch eine Verringerung anhand tabellarisch mitgelieferter Zahlen von exakt 55,5 Mrd. Euro ergibt, später das Bundesfinanzministerium aber erstmals am 4. Oktober 2011 über den zugrunde liegenden Buchungsfehler unterrichtet worden sein will?
65. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen aktuellen Kenntnisstand hat die Bundesregierung zur Frage, wo die konkreten fachlichen Verantwortlichkeiten für die wiederholten Buchungsfehler bei der FMS-Wertmanagement liegen (vgl. hierzu DIE WELT, „Und wieder verrechnet“, 2. November 2011), und falls sich gegenüber dem Pressestatement des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, vom 2. November 2011 kein neuer Kenntnisstand ergeben hat: welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung derzeit, um Ursachen und fachliche Verantwortlichkeiten für die Buchungsfehler umfassend aufzuklären?

66. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Umsetzungsschwierigkeiten existieren bei der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte (ELStAM), und wie wirken sich die Probleme auf die geplante Einführung bzw. Lohnsteuererhebung mittels ELStAM zum 1. Januar 2012 aus?
67. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Pläne bei der Entlastung unterer und mittlerer Einkommen verfolgt die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Angaben zur Durchführung der Steuersenkung, entweder über den Einkommensteuertarif oder über den Solidaritätszuschlag, und wie wirken sich mögliche Steuersenkungen in der 17. Legislaturperiode fiskalisch auf die Zielvorstellung eines ausgeglichenen Haushalts aus?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

68. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen ergeben sich für Bundesministerin Ursula von der Leyen aus ihrem Gespräch am 4. Oktober 2011 mit den Schwerbehindertenvertretungen der Dax-30-Unternehmen (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 4. Oktober 2011)?
69. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung des Arbeitsmarktes für Menschen mit Behinderungen unter 50 Prozent sowie für Schwerbehinderte im Jahr 2011, und welche Änderungen erwartet die Bundesregierung im Jahr 2012 infolge der „Initiative Inklusion“, für die laut Nationalem Aktionsplan 100 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden?
70. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung auch unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen mit der seit Mai 2011 in Deutschland geltenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakien, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien und des im Oktober 2011 verabschiedeten Initiativberichts des Europäischen Parlaments die nach wie vor geltenden Arbeitsmarktbeschränkungen für Rumänien und Bulgarien vor Ende 2013

aufzuheben (bitte begründen), und wie beurteilt die Bundesregierung die soziale Lage von derzeit in Deutschland arbeitenden Bulgaren und Rumänen, die mit einer Arbeitsgenehmigung ausgestattet oder als selbständig Gewerbetreibende angemeldet sind (vgl. z. B. Tageszeitung vom 14. Oktober 2011)?

71. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchen Branchen gelten aktuell tarifliche Vereinbarungen, die Vergütungen unterhalb der von den Tarifpartnern für die Zeitarbeit vereinbarten niedrigsten Stundenlöhnen von 7,79 Euro (West) bzw. 7,01 Euro (Ost) zulassen, und wie viele Beschäftigte sind davon in diesen Branchen betroffen?
72. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen zum Stand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes kam der sogenannte Runde Tisch, dem unter anderem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beiwohnt, in seiner Sitzung am 2. November 2011, und wie viel der für das Jahr 2011 veranschlagten Mittel von 1,35 Mrd. Euro für das Bildungs- und Teilhabepaket werden voraussichtlich verausgabt?
73. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele verfolgt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit dem Konzept einer „KinderBildungsStiftung“, und inwiefern plant die Bundesregierung eine Umsetzung dieses Konzepts?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

74. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand hat die Umsetzung des Beschlusses der Unabhängigen Föderalismuskommission vom Mai 1992, dass rund 120 Planstellen der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) Berlin-Dahlem (inzwischen Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, Julius Kühn-Institut – JKI) in das Land Brandenburg verlagert werden, vor dem Hintergrund der daraufhin getroffenen einvernehmlichen Vereinbarung zwischen BBA, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Land Brandenburg zur Errichtung eines Standortes Ost der BBA durch Zusammenlegung von Berlin-Dahlem und Kleinmach-

now und der Entscheidung der Bundesministerin Renate Künast vom März 2005, in Abstimmung mit dem Land Brandenburg, dem Beschluss der Föderalismuskommission Rechnung zu tragen und den Standort Ost dauerhaft in Kleinmachnow anzusiedeln, woraufhin das gewünschte Grundstück am Stahnsdorfer Damm in Kleinmachnow in der Größe von 10 ha von der Gemeinde Kleinmachnow seit Jahren für diesen Zweck reserviert worden ist und nun inzwischen auch die laut Machbarkeitsstudie ausgewiesenen Kosten gesenkt werden konnten?

